



Sitzung vom

21. Dezember 2021

Mitgeteilt den

23. Dezember 2021

Protokoll Nr.

1104/2021

Auftrag Schwärzel

betreffend kantonale Elternzeit

Antwort der Regierung

Die Geburt eines Kindes ist für die Eltern ein wichtiges und lebensveränderndes Ereignis. Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Schutz der Mutter und des Kindes haben erwerbstätige Eltern nach der Geburt des Kindes gemäss geltendem Bundesrecht Anspruch auf Mutter- und Vaterschaftsurlaub. Der bezahlte Mutterschaftsurlaub ist am 1. Juli 2005 in Kraft getreten, der Vaterschaftsurlaub am 1. Januar 2021. Das Anliegen einer Elternzeit ist auf Bundesebene in Diskussion.

Die Familienförderung, die frühe Förderung, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Standortattraktivität sind wichtige Anliegen dieses Auftrags, welche die Regierung unterstützt. Entsprechend haben diese Themen Eingang ins Regierungsprogramm 2021–2024 gefunden. Die Regierung arbeitet an konkreten Projekten, welche die Steigerung der Attraktivität des Wohn- und Arbeitsstandorts für Familien zum Ziel haben.

Der Erlass einer kantonalen gesetzlichen Regelung betreffend einen Elternurlaub für die Arbeitnehmenden in einem Kanton ist nur beschränkt möglich. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts ist Sache des Bundes, während der Bund im Bereich des Arbeitnehmerschutzes von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht hat. Entsprechend verbleibt den Kantonen mit Blick auf die privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse keine Befugnis, weitergehend zu legiferieren, insbesondere zusätzlich zu den bestehenden Urlauben gemäss Bundesrecht weitere Urlaube – welcher Art auch immer – rechtlich zu verankern. Das gilt sinngemäss auch bezüglich der Finanzierung über die Erwerbsersatzordnung. Soll den Kantonen die Möglichkeit eröffnet werden, einen Eltern- oder Vaterschaftsurlaub zu schaffen, müsste der Bundesgesetzgeber eine explizite Ermächtigung für kantonale Regelungen schaffen. Der kantonale – oder auch kommunale – Gesetzgeber ist aber befugt, für Arbeitnehmende mit einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrag einen kantonalen oder kommunalen Urlaub einzuführen, der über die bundesrechtlichen Bestimmungen hinausgeht (vgl. dazu curia vista 20.320 sowie die Publikationen der eidgenössischen Kommission für Familienfragen EKFF, v.a. Elternzeit – Elterngeld, ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz, Jahr 2010).

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das eidgenössische Parlament der Standesinitiative des Kantons Jura «Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer - Allfällige Erlassung durch die Kantone (curia vista 20.320)» keine Folge gegeben hat. Diese forderte die Bundesversammlung auf, den Kantonen eine Regelungskompetenz für Eltern- und Vaterschaftsurlaub einzuräumen.

Hinsichtlich der Kosten-Nutzen-Beurteilung einer Elternzeit besteht grosse Unsicherheit. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) hat im Juni 2021 ein Postulat eingereicht, in dem der Bundesrat gebeten wird ", eine volkswirtschaftliche Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, welche die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen Elternzeitmodellen [...] simuliert und abschätzt. [...] Nach wie vor existiert keine volkswirtschaftliche Studie, welche in der Schweiz den Status Quo mit anderen Modellen vergleicht und simuliert, was volkswirtschaftlich am sinnvollsten wäre. [...] Damit Parlament und zuständige Kommissionen eine evidenzbasierte Politik betreiben können, welche sich auf die langfristigen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Massnahme abstützt, ist eine Analyse notwendig, die neben den breit diskutierten Kosten auch eine Abschätzung des Nutzens (z.B. in Form der zu erwartenden Veränderung der Erwerbsquoten und -pensen von Frauen und Männern, der Auswirkungen auf Steuereinnahmen, Sozialversicherungen, insbesondere Altersvorsorge und Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe und Amortisation von Ausbildungskosten) vornimmt (SGK-N, Postulat 21.3961)." Der Bundesrat hat beantragt, das Postulat anzunehmen. Der Nationalrat ist diesem Antrag im September 2021 gefolgt. Entscheidungsgrundlagen zu den Auswirkungen einer Elternzeit sind aufgrund dieses Postulats mittelfristig zu erwarten.

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine kantonale Elternzeit für alle Arbeitnehmenden wird mit Blick auf die verfassungsrechtliche Kompetenzordnung rechtlich nicht möglich sein. Die Einführung einer Elternzeit nur für die kantonalen öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnisse erachtet die Regierung für unangebracht. Das Thema der Elternzeit ist aber präsent, und auf Bundesebene sind diesbezüglich einige Entwicklungen im Gange.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Auftrag Schwärzel betreffend kantonale Elternzeit

Seit Beginn des laufenden Jahres besteht in der Schweiz nebst dem 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub ein zehntägiger Vaterschaftsurlaub. Noch gibt es keine sogenannte Elternzeit (Elternschaftsurlaub) auf nationaler Ebene. Jedoch haben verschiedene grosse Firmen sie auf Betriebsebene eingeführt.

Graubünden kann sich im Standortwettbewerb der Kantone positionieren, indem der Kanton für die Frist, bis eine nationale Elternzeit greift, eine kantonale Elternzeit in Graubünden lanciert, welche die aktuellen nationalen Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaube ergänzt. Davon profitieren sollen alle Arbeitnehmenden in Graubünden, die Eltern werden.

Damit würden gleich mehrere Verbesserungen für die Familien, die Wirtschaft und die Gesellschaft in Graubünden erreicht:

- Der Bündner Fachkräftemangel wird bekämpft. Junge, gut ausgebildete Männer und Frauen werden nach Graubünden gelockt, da hier für junge Familien fortschrittliche Bedingungen geschaffen werden.
- Die Elternzeit kann auch ein Beitrag für die kantonale Frühförderungsstrategie sein, da nun auch benachteiligte Familien sich intensiver um die Kinder kümmern können, ohne der Erwerbsarbeit nachrennen zu müssen.
- Elternzeit ist eine Massnahme der Gleichstellungspolitik. Die Erfahrung in anderen Staaten zeigt, dass eine Elternzeit den Verbleib der Mutter im Beruf fördert.
- Eine Elternzeit ist Familienförderung im besten Sinn und hat positive demographische Auswirkungen.

Je nach Dauer der Elternzeit sind die positiven Wirkungen stärker oder schwächer.

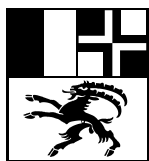
Eine Bündner Elternzeit soll sich an beide Eltern richten. Jeweils ein Abschnitt der Elternzeit ist für ein Elternteil reserviert. Beim Rest kann frei gewählt werden, wer diese Zeit bezieht.

Die Elternzeit kann mit Beiträgen der Arbeitnehmenden und -gebenden und/oder mit Beiträgen aus der Staatskasse finanziert werden.

Der Grosse Rat beauftragt die Regierung, eine Botschaft mit den gesetzlichen Grundlagen für eine kantonale Elternzeit im Sinne der obigen Erwägungen zu erstellen. Sie schlägt dabei ein Finanzierungsmodell und die Dauer der neuen kantonalen Elternzeit vor.

Chur, 20. Oktober 2021

Schwärzel, Widmer (Felsberg), Cantieni, Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Chur), Degiacomi, Gartmann-Albin, Hofmann, Horrer, Müller (Felsberg), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Wilhelm, Pajic, Stieger, Tomaschett (Chur)



Sesida dals

21 da december 2021

Communitgà ils

23 da december 2021

Protocol nr.

1104/2021

Incumbensa Schwärzel

concernent il congedi chantunal per geniturs

Resposta da la Regenza

La naschientscha d'in uffant è per ils geniturs in eveniment impurtant che mida la vita. Per promover la cumpatiblad da la famiglia cun la professiun e per proteger la mamma e l'uffant han geniturs cun activitad da gudogn – tenor il dretg federal vertent – il dretg d'in congedi da maternitad e da paternitad suenter la naschientscha da l'uffant. Il congedi da maternitad pajà è entra en vigur il 1. da fanadur 2005, il congedi da paternitad il 1. da schaner 2021. La finamira d'in congedi per geniturs è en discussiun sin plaun federal.

La promoziun da la famiglia, la promoziun tempriva, l'egualitad da dunna ed um sco er il cumbat da la mancanza da persunas spezialisadas e l'attractivitat da l'economia locala èn giavischs impurtants da questa incumbensa che la Regenza sustegna. Correspondentamain èn quests temas vegnids integrads en il program da la Regenza 2021–2024. La Regenza lavura vi da projects concrets che han la finamira d'augmentar l'attractivitat dal lieu d'abitar e da lavur per famiglias.

Il relasch d'ina regulaziun legala chantunala concernent in congedi per geniturs per las lavurantas ed ils lavurants en in chantun è mo pussaivel cun restricziuns. La legislaziun en il sector dal dretg civil è chausa da la Confederaziun, entant che la Confederaziun ha fatg diever da sia cumpetenza en il sector da la protecziun da las lavurantas ed ils lavurants. Correspondentamain na resta als chantuns, en vista a las relaziuns da lavur dal dretg privat, nagina cumpetenza da legiferir ulteriuramain, oravant tut betg da francar giuridicamain auters congedis ultra dals congedis existents tenor il dretg federal – independentamain dal gener. Quai vala conform al senn er areguard la finanziaziun sur l'urden da cumpensaziun dal gudogn. Sche la pussaivladad da stgaffir in congedi da geniturs u da paternitad duess vegnir concedida als chantuns, stuess il legislatur federal crear in'autorisaziun explicita per las regulaziuns chantunalas. Il legislatur chantunal – u er communal – è dentant autorisà d'introducir per lavurantas e lavurants cun in contract da lavur da dretg public in congedi chantunal u communal che surpassa las disposiziuns dal dretg federal (cf. latiers Curia Vista 20.320 sco er las publicaziuns da la Cumissiun federala per dumondas da famiglia CUFF, cunzunt «Elternzeit – Elterngeld, ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz», onn 2010).

En quest connex stoi vegnir menziunà ch'il Parlament federal n'ha betg acceptà l'iniziativa dals chantuns dal chantun Giura «Disposiziuns davart il dretg sin congedi da geniturs u da paternità e sia durada – eventual relasch tras ils chantuns (Curia Vista 20.320)». Questa iniziativa pretendeva da l'Assamblea federala da conceder als chantuns ina cumpetenzza regulativa per il congedi da geniturs e da paternità.

Concernent il giudicament dals custs e dal niz d'in congedi per geniturs exista gronda malsegirezza. La Cumissiun per segirezza sociala e sanadad dal Cussegl naziunal (CSS-N) ha inoltrà il zercladur 2021 in postulat, nua ch'il Cussegl federal vegn suppli-
tgà «da preschentar in'analisi economica cumpletta dals custs e dal niz che simule-
scha e stima tge consequenzas che differents models da congedi per geniturs han a
lunga vista per l'economia publica [...]. [...] Anc adina n'exista nagin studi da l'econo-
mia publica che cumpareglia en Svizra il status quo cun auters models e che simule-
scha, tge che fiss il pli raschunaivel ord vista da l'economia publica. [...] Per ch'il par-
lament e las cumissiuns responsablas possian far ina politica sin fundament da l'evi-
denza e sin basa da las consequenzas d'ina mesira per l'economia generala a lunga
vista, dovri in'analisi che fa – ultra da la stimaziun dals custs discutads vastamain –
er ina stimaziun dal niz (p.ex. en furma da la midada da quotas da gudogn e da pen-
sums da dunnas e d'umens che po vegnir spetgada, las consequenzas sin las entra-
das fiscalas, sin las assicuranzas socialas, en spezial il provediment per la veglia-
detgna e las prestaziuns supplementaras, l'agid social e l'amortisaziun da custs da
scolaziun [CSS-N, postulat 21.3961]).» Il Cussegl federal ha proponì d'acceptar il po-
stulat. Il Cussegl naziunal è suandà questa dumonda il settember 2021. Basas da
decisiun davart las consequenzas d'in congedi per geniturs èn da spetgar a media
vista pervia da quest postulat.

La creaziun d'ina basa giuridica per in congedi chantunal per geniturs per tut las la-
vurantas ed ils lavurants na vegn betg ad esser giuridicamain pussaivla en vista a
l'urden da cumpetenzas dal dretg costituziunal. L'introducziun d'in congedi per geni-
turs mo per las relaziuns d'engaschament dal dretg public chantunal resguarda la
Regenza sco inadeguata. Il tema dal congedi per geniturs è dentant preschent, e sin
plaun federal vegnan actualmain fatgs intgins svilups en chaussa.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar
questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Incumbensa Schwärzel concernent il congedi chantunal per geniturs

Dapi il cumenzament da quest onn exista en Svizra – ultra dal congedi da maternitad da 14 emnas – in congedi da paternitad da 10 dis. Fin ussa na datti anc nagin congedi per geniturs sin plaun naziunal. Però differentas firmas grondas han introducì in tal en lur manaschi.

Cun lantschar in congedi chantunal per geniturs en il Grischun durant il temp fin ch'il congedi per geniturs sin plaun naziunal s'effectuescha, po il Grischun sa posiziunar en la concorrenza tranter ils chantuns. Quest congedi chantunal per geniturs cumplettescha ils congedis actuals da maternitad e da paternitad che valan sin plaun naziunal. Da quai duain profitar tut las lavurantas ed ils lavurants en il Grischun, che daventan geniturs.

Quai chaschunass gist pliras meglieraziuns per las famiglias, per l'economia e per la societad en il Grischun:

- La mancanza da personas spezialisadas en il Grischun vegn cumbattida. Dunnas ed umens giuvens bain scolads vegnan carmalads en il Grischun, perquai che qua vegnan stgaffidas cundiziuns progressivas per famiglias giuvnas.
- Il congedi per geniturs po er esser ina contribuziun a favur da la strategia chantunala per la promoziun tempriva, perquai che ussa pon er famiglias dischavantagiadas s'occupar pli intensivamain da lur uffants, senza stuair curren suenter a l'activitad da gudogn.
- Il congedi per geniturs è ina mesira da la politica d'egualitad. L'experientscha en auters pajais mussa, ch'in congedi per geniturs promova il fatg che la mamma resta en la professiun.
- In congedi per geniturs è promoziun da famiglias en il meglier senn dal pled ed ha consequenzas demograficas positivas.

Tut tenor la durada dal congedi per geniturs èn ils effects positivs pli fermes u pli debels.

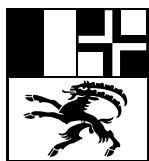
In congedi grischun per geniturs duai sa drizzar a tuts dus geniturs. Mintgamai ina part dal congedi per geniturs è reservada per in genitur. Tar il rest dal congedi per geniturs poi vegnir elegì libramain, tgi che retira quest temp.

Il congedi per geniturs po vegnir finanzià cun contribuziuns da las lavurantas e dals lavurants sco er da las patrunas e dals patruns e/u cun contribuziuns da la cassa chantunala.

Il Cussegl grond incumbensescha la Regenza d'elavurar ina missiva che cuntegna la basa giuridica per in congedi chantunal per geniturs en il senn da las consideraziuns qua survart. Per quest intent propona la Regenza in model da finanziaziun sco er la durada dal nov congedi chantunal per geniturs.

Cuira, ils 20 d'october 2021

Schwärzel, Widmer (Favugn), Cantieni, Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Cuira), Degiacomi, Gartmann-Albin, Hofmann, Horrer, Müller (Favugn), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Wilhelm, Pajic, Stieger, Tomaschett (Cuira)



Seduta del

21 dicembre 2021

Comunicata il

23 dicembre 2021

Protocollo n.

1104/2021

Incarico Schwärzel

concernente il congedo parentale cantonale

Risposta del Governo

Per i genitori la nascita di un figlio è un evento importante che cambia la vita. Al fine di promuovere la conciliabilità tra famiglia e lavoro e la protezione di madre e bambino, conformemente al diritto vigente i genitori esercitanti un'attività lucrativa hanno diritto a un congedo di maternità e di paternità dopo la nascita di un figlio. Il congedo di maternità pagato è entrato in vigore il 1° luglio 2005, il congedo di paternità il 1° gennaio 2021. La richiesta di un congedo parentale è oggetto di discussione a livello federale.

La promozione della famiglia, la promozione precoce, le pari opportunità tra donna e uomo nonché la lotta alla carenza di specialisti e l'attrattiva della piazza economica sono importanti richieste del presente incarico che vengono sostenute dal Governo. Questi temi sono anche stati inseriti nel programma di Governo 2021–2024. Il Governo sta lavorando a progetti concreti volti a incrementare l'attrattiva per le famiglie del luogo in cui vivere e lavorare.

L'emanazione di una norma legislativa cantonale concernente un congedo parentale per le lavoratrici e i lavoratori dipendenti in un Cantone è possibile in misura soltanto limitata. La legislazione nel campo del diritto civile compete alla Confederazione, mentre nel settore della protezione dei lavoratori la Confederazione ha fatto uso delle proprie competenze. Di conseguenza, per quanto riguarda i rapporti di lavoro di diritto privato i Cantoni non sono autorizzati a emanare norme legislative più estese, in particolare non sono autorizzati ad ancorare a livello legislativo congedi supplementari a quelli previsti dal diritto federale, indipendentemente dal loro genere. Ciò vale per analogia anche riguardo al finanziamento attraverso l'indennità per perdita di guadagno. Qualora si intendesse concedere ai Cantoni la possibilità di creare un congedo parentale o un congedo di paternità, il legislatore federale dovrebbe prevedere un'autorizzazione esplicita per regolamentazioni cantonali. Il legislatore cantonale, o anche comunale, è tuttavia autorizzato a introdurre un congedo cantonale o comunale che vada oltre le disposizioni del diritto federale per le lavoratrici e i lavoratori dipendenti con contratto di lavoro di diritto pubblico (cfr. al riguardo curia vista 20.320 nonché le pubblicazioni della Commissione federale per le questioni familiari COFF, soprattutto «Congedo parentale e indennità parentale, Un modello della COFF per la Svizzera», 2010).

In tale contesto occorre ricordare che il Parlamento federale non ha dato seguito all'iniziativa cantonale del Cantone del Giura «I Cantoni devono avere la possibilità di legiferare sul diritto e la durata di un congedo parentale o di un congedo di paternità (curia vista 20.320)». Quest'iniziativa cantonale invitava l'Assemblea federale a concedere ai Cantoni una competenza normativa in materia di congedo di maternità e di paternità.

Vi è grande incertezza per quanto riguarda la valutazione del rapporto costi-benefici di un congedo parentale. Nel mese di giugno 2021 la Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Consiglio nazionale (CSSS-CN) ha presentato un postulato nel quale il Consiglio federale veniva incaricato "di presentare un'analisi macroeconomica costi-benefici dei differenti modelli di congedo parentale. Essa comprenderà una simulazione e una stima delle conseguenze macroeconomiche a lungo termine di ogni modello. [...] Non esiste uno studio macroeconomico che compari l'attuale situazione svizzera con altri modelli e simuli quale sarebbe l'opzione migliore sotto il profilo macroeconomico. [...] Per permettere al Parlamento e alle commissioni competenti di attuare una politica basata su evidenze, che si rifaccia alle conseguenze macroeconomiche a lungo termine di una misura, è necessario eseguire un'analisi che, oltre ad affrontare la questione dei costi, ampiamente discussa, si focalizzi su una stima dei benefici (p. es. la prevista evoluzione del tasso di attività e del grado di occupazione di donne e uomini, le ricadute sulle entrate fiscali, sulle assicurazioni sociali, in particolare la previdenza per la vecchiaia e le prestazioni complementari, e sull'aiuto sociale e sull'ammortamento di costi per la formazione)" (CSSS-CN, postulato 21.3961). Il Consiglio federale ha proposto di accogliere il postulato. Il Consiglio nazionale ha dato seguito a questa proposta nel settembre 2021. A seguito di questo postulato, a medio termine sono attese basi decisionali relative alle conseguenze di un congedo parentale.

Dato l'ordinamento costituzionale delle competenze non sarà giuridicamente possibile creare una base legale per un congedo parentale cantonale per tutte le lavoratrici e tutti i lavoratori dipendenti. Il Governo ritiene inopportuno introdurre un congedo parentale unicamente per i rapporti d'impiego di diritto pubblico cantonali. Il tema del congedo parentale è tuttavia presente e a livello federale sono in corso sviluppi a tale riguardo.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Schwärzel concernente il congedo parentale cantonale

Dall'inizio di quest'anno in Svizzera, oltre al congedo maternità di 14 settimane, esiste anche un congedo di paternità di dieci giorni. Finora a livello nazionale non esiste un cosiddetto congedo parentale. Ma diverse grandi imprese lo hanno introdotto a livello aziendale.

I Grigioni possono migliorare la propria posizione nella competizione tra piazze economiche dei Cantoni introducendo un congedo parentale cantonale per il periodo transitorio fino all'introduzione di un congedo parentale a livello nazionale il quale completi gli attuali congedi di paternità e di maternità nazionali. Dovranno poterne beneficiare tutte le e i dipendenti nei Grigioni che diventano genitori.

In tal modo sarebbe possibile ottenere diversi miglioramenti per le famiglie, l'economia e la società nei Grigioni:

- Viene contrastata la carenza di specialisti nei Grigioni. Giovani uomini e donne in possesso di una buona formazione vengono attirati nei Grigioni perché qui vengono create condizioni all'avanguardia per giovani famiglie.
- Il congedo parentale può anche rappresentare un contributo alla strategia cantonale di promozione precoce, perché anche le famiglie svantaggiate potranno occuparsi in modo più intenso dei figli senza doversi preoccupare dell'attività lucrativa.
- Il congedo parentale è una misura di politica in materia di uguaglianza. Le esperienze raccolte in altri Stati mostrano che un congedo parentale favorisce il mantenimento di un'attività professionale da parte della madre.
- Un congedo parentale è la migliore espressione di promozione della famiglia e ha effetti positivi sullo sviluppo demografico.

A seconda della durata del congedo parentale gli effetti positivi sono più o meno marcati.

Un congedo parentale grigionese deve rivolgersi a entrambi i genitori. Per ciascun genitore è riservata una parte del congedo parentale. Il resto può essere suddiviso liberamente tra i genitori.

Il congedo parentale può essere finanziato con contributi dei lavoratori e dei datori di lavoro e/o con contributi erogati dalla Cassa dello Stato.

Il Gran Consiglio incarica il Governo di elaborare un messaggio con le basi legislative per un congedo parentale cantonale ai sensi delle precedenti considerazioni. In tale messaggio il Governo dovrà proporre un modello di finanziamento e la durata del nuovo congedo parentale cantonale.

Coira, 20 ottobre 2021

Schwärzel, Widmer (Felsberg), Cantieni, Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Coira), Degiacomi, Gartmann-Albin, Hofmann, Horrer, Müller (Felsberg), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Wilhelm, Pajic, Stieger, Tomaschett (Coira)